

Aufrüstung in Europa

Eine Frage von globaler und europäischer Wohlstandsgerechtigkeit

Autorin: Anna Laetitia Rauchenwald

Die Welt befindet sich in einer Aufrüstungsspirale - und Europa dreht an dieser kräftig mit. 2022 wurde in Europa 13 Prozent mehr für Rüstung ausgegeben als noch im Jahr zuvor, in Zentral- und Westeuropa wurden insgesamt 345 Milliarden Euro für Rüstungsindustrie ausgegeben, der höchste Wert seit Ende des Kalten Kriegs (SIPRI 2023a: 8-9). Die Verteidigungsetats Europas sollen weiter steigen – und das trotz eines neuen Schubs des neoliberalen Spardrucks nach der Coronakrise. So auch in Österreich: Während die Regierung insgesamt 6,39 Milliarden Euro einsparen möchte, sollen sich die Verteidigungsausgaben bis 2032 verdoppeln. Diesen Kurs - Sparpolitik im Sozial-, Bildungs- und Klimabereich auf der einen Seite, Investitionen in die Aufrüstung auf der anderen Seite - will die Europäische Kommission durch eine Reihe an Maßnahmen forcieren, die insgesamt 800 Milliarden Euro mobilisieren sollen. Darunter ist auch ein Vorschlag, der im Angesicht der vielfältigen Krisen bisher noch undenkbar war: Rüstungsausgaben sollen von den europäischen Schuldenregeln ausgenommen werden (Tschiederer 2025, Szigetvari 2025).

Auslöser dieses Sprungs an Qualität und Quantität der europäischen Aufrüstung war zuerst der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und dann die Wiederwahl von Donald Trump zum US-Präsidenten. Diese Auslöser sind jedoch nur Momente der geopolitischen Transformation, in der sich immer tiefer greifende Interessenskonflikte innerhalb des westlichen Machtblocks auftun und die Hegemonie dieses historischen Blocks insgesamt zunehmend bröckelt (Petras & Veltmeyer 2016: 2-12). Das ist die „eigentliche Zeitenwende: das Ende der 500-jährigen Epoche der weltweiten Herrschaft Europas und seines nordamerikanischen Ablegers, die Entwestlichung der Welt“ (Wahl 2024: 27). Die Aufrüstung Europas ist nicht allein als Reaktion auf externe Auslöser sondern in diesem breiten, strukturellen Kontext zu verstehen. Europa militarisiert seine Außenpolitik und investiert in Rüstungskapazitäten, um die eigene globale Hegemonieposition zu verteidigen. Eine Position, die seit jeher auf der Ausbeutung und Unterdrückung der globalen Peripherie beruhte, von der das europäische Kapital profitiert. Die Militarisierung Europas soll dieses globale Machtverhältnis durch militärische Gewaltkapazitäten absichern, um wettzumachen, dass die Konsensfähigkeit der

westlichen Weltordnung und das positive Image der EU als Friedensprojekt in Brüche gehen (siehe am Beispiel der EU-Missionen in Mali und Niger: Rauchenwald 2024).

Während der Krieg in der Ukraine Leid und Zerstörung brachte und sich die europäische Bevölkerung von den direkten wirtschaftlichen Folgen des Ukrainekriegs gegen Russland und des Handelskonflikts gegen die USA betroffen sieht, konnte eine gesellschaftliche Fraktion von der Situation profitieren: Die Rüstungsindustrie. Der größte Rüstungskonzern Europas, Leonardo aus Italien, berichtet über das Jahr 2022 von einem Wachstum der Aufträge um 20 Prozent im Vergleich zum Jahr 2021 (Leonardo 2023: 2, 4). Der Wert der Aktie von Rheinmetall, dem größten deutschen Rüstungskonzern, hat sich seit Beginn des Ukrainekriegs mindestens versechsfacht (Bonazzi 2024).

Die Frage der Aufrüstung ist schließlich in Zeiten des Spardrucks und der Austerität in Europa eine Frage der Verteilung von Wohlstand: Die profitablen Entwicklungen am Rüstungsmarkt werden am Ende des Tages durch Steuergeld finanziert, denn die größten Abnehmer für Rüstungsgüter sind Staaten, deren Verteidigungsministerien und Beschaffungsinstitutionen. Deshalb kann eigentlich nicht von einem Rüstungsmarkt gesprochen werden: Die Nachfrage nach Rüstungsgütern wird politisch bestimmt. Wenn die Politik Beschlüsse zur Aufrüstung fällt, wächst der Rüstungsmarkt (Zschoche 2021: 7, 10). Aufgrund dieser Strukturbedingung entwickeln sich Netzwerke zwischen Rüstungsindustrie und Politik und politökonomische Strukturen, die es zu einer eigenen, objektiven Logik machen, Krieg und Kriegsvorbereitungen als notwendig zu betrachten (Robinson 2019: 851). Diese Logik birgt schließlich ein Dilemma in sich: Die Aufrüstung Europas und der NATO wird andere Akteure dazu bewegen, selbst auch mehr in ihr Militär zu investieren, was wiederum Bedrohungsszenarien in Europa befeuert. Im Ergebnis bringt die Aufrüstung schließlich nicht mehr, sondern weniger Sicherheit in die internationalen Beziehungen (Pradetto 2023: 16-17).

Rüstungskontrolle muss deshalb von Friedensforschung und Friedenspolitik künftig nicht nur negativ gedacht werden: Als Verbot und Einschränkung von Rüstungsproduktion und -handel. Rüstungskontrolle muss positiv gedacht werden: Als gesellschaftliche Kontrolle, in der Fragen von Sicherheit, Frieden und internationalen Beziehungen demokratisch organisiert werden. Es lohnt sich, eine alte Forderung der französischen Friedensbewegung aus der Zwischenkriegszeit wieder aufzugreifen: die *nationalisation* der Rüstungsindustrie, organisiert in einer dreiteiligen Kontrolle durch Arbeiter*innen, Staat und Bürger*innen - einer Form von Vergesellschaftung (Stahl 2025: 176-179). Tatsächlich sollte progressive Europapolitik auf Autonomie (von den USA) ausgerichtet sein (Wahl 2024: 33), aber nicht als Autonomie des europäischen Kapitals gegenüber dem US-amerikanischen oder chinesischen Kapital. Sondern als Autonomie und Demokratie, die in der Basis der Gesellschaft verankert ist, als Ermächtigung der arbeitenden Klasse, die Kontrolle über ihre Lebensbedingungen erlangt und produziert, was gesellschaftlich notwendig ist.

Vita der Autorin

Anna Laetitia Rauchenwald (sie*ihr) ist Aktivistin und Sozialwissenschaftlerin aus Wien. Ihre Masterarbeit zur politischen Ökonomie europäischer militarisierter Außenpolitik wurde mit dem Nachwuchsförderpreis der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung ausgezeichnet. Sie ist ehrenamtlich in der Jugendbildungsarbeit engagiert und beruflich für die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik tätig.

Publikationen und Dissemination

Vortrag: Militarisierung der EU – eine Systemkritik (Jänner 2025)

- im Rahmen der Vortragsreihe ‚feminismen diskutieren‘ des Verbands feministischer Wissenschaftleri*nnen – VfW. Wien, 28.01.2025. [Link](#)

Interview: Politische Ökonomie europäischer militarisierter Außenpolitik (Jänner 2025)

- für den Podcast des VIPR - Varna Peace Institute. 29.01.2025. [Link](#)

EuroMemo Annual Conference: Alternative Economic Policy in Europe (Wien, September 2024)

- Beitrag: Rearmament in Europe: The unfolding of a political-economic mechanism. [Link](#)

Buchbeitrag: Ein europäisches Asylwesen, das Schutz und Sicherheit bietet (2022)

- In: Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (Hg.). Unter 30!: Junge Visionen für Europa. Wien: Czernin, 112-116. [Link](#)

Kontakt

E-Mail: anna.rauchenwald@gmail.com

Telefon: +43 650 672 97 58

Instagram: [@anna.laetitia.revoluzza](https://www.instagram.com/anna.laetitia.revoluzza)

Literaturverweise

- Bonazzi, Marlon (2024). Rüstungsaktien: Eine brisante Wette auf den brodelnden Ost-West-Konflikt. WirtschaftsWoche, <https://www.wiwo.de/finanzen/boerse/trump-und-china-ruestungsaktien-eine-brisante-wette-auf-den-broedelnden-ost-west-konflikt/30094816.html>, 22.11.2024 [Zugriff: 18.01.2025].
- Leonardo (2023). Leonardo 2022 Annual Report Summary. https://www.leonardo.com/documents/15646808/21636149/SintesiBilancio22_ESE_Digital_EN.pdf?t=1680092378425 [Zugriff: 24.02.2025].
- Petras, James F.; Veltmeyer, Henry (2016). Imperialism and capitalism in the twenty-first century: A system in crisis. London, New York: Routledge.
- Pradetto, August (2023). Der Ukrainekrieg als Zeitenwende 2.0 und die Sicherheitsarchitektur Europas. In: International - Die Zeitschrift für internationale Politik, IV/2023, 14-18.
- Rauchenwald, Anna (2024). Die Politische Ökonomie europäischer militarisierter Außenpolitik am Beispiel der EFF-finanzierten EU-Missionen in Mali und Niger. Universität Wien, Masterarbeit. https://www.vfw.or.at/wp-content/uploads/2025/01/rauchenwald_masterarbeit_.pdf.
- Robinson, William I. (2019). Accumulation Crisis and Global Police State. In: Critical Sociology 45(6), 845-858.
- SIPRI, Stockholm International Peace Research Institute (2023). Trends in World Military Expenditure, 2022. Fact Sheet, April 2023. https://www.sipri.org/sites/default/files/2023-04/2304_fs_milex_2022.pdf [Zugriff: 06.04.2024].
- Szigetvari, András (2025). Sieben Zahlen, die man kennen muss, um Österreichs Budgetmisere zu verstehen. <https://www.derstandard.at/story/3000000263434/sieben-zahlen-die-man-kennen-muss-um-oesterreichs-budgetmisere-zu-verstehen>, 29.03.2025 [Zugriff: 29.04.2025].
- Thales Group (2024). Thales reports its 2023 full-year results. https://www.thalesgroup.com/sites/default/files/database/document/2024-03/Thales%20reports%20its%202023%20full-year%20results%20-%20Press%20release%20-%2005%20March%202024_0.pdf, 05.03.2024 [Zugriff: 24.02.2025].
- Tschiederer, Martin (2025). Kann Österreich jetzt noch schneller aufrüsten?. <https://www.derstandard.at/story/3000000260020/kann-oesterreich-jetzt-noch-schneller-aufruesten>, 06.03.2025 [Zugriff: 29.04.2025].
- Wahl, Peter (2024). Zwischen Wollen und Können: Der Anspruch der EU auf Weltmachtstatus. In: Sablowski, Thomas; Wahl, Peter (Hg.). Europäische Integration in der multiplen Krise: Zukunftsaussichten der Europäischen Union. Hamburg: VSA, 22-34.
- Zschoche, Miriam (2021). Neue Zeiten für deutsche Rüstungsfirmen?: Strategien für die Zeit nach einem Exportstopp in Drittländer. Greenpeace e.V. (Hg.), https://www.greenpeace.de/publikationen/greenpeace_unierfurt_waffenexporte_drittlaender.pdf, 11/2021.